

Schlepper, Marcel

Article

Verteidigungspolitische Herausforderungen für die Europäische Union

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Schlepper, Marcel (2024) : Verteidigungspolitische Herausforderungen für die Europäische Union, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 77, Iss. 05, pp. 39-43

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/296229>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Marcel Schlepper

Verteidigungspolitische Herausforderungen für die Europäische Union

In Europa herrscht Krieg. Vor zwei Jahren hat Russland die Ukraine überfallen. Der Kreml hatte gehofft, das Streben der Ukraine gegen Westen zu beenden und so seine imperialistischen Fantasien zu befriedigen. Seitdem haben Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker und Militärs in vielen europäischen Hauptstädten umdenken müssen. Sicherheit in Europa ist nicht von Natur aus gegeben – sie muss finanziert, erarbeitet und im Notfall erkämpft werden. Russland ist ihre größte Gefahr. In den vergangenen zwei Jahren konnten sich einige der europäischen NATO-Mitgliedstaaten vom finanziellen Tropf der Friedensdividende lossagen und haben ihre Verteidigungsausgaben erhöht. Im Jahr 2024 werden 17 von ihnen voraussichtlich das 2%-Ziel der NATO erreichen (NATO 2024). Die militärische Unterstützung für die Ukraine aus Europa ist mit 42 Mrd. Euro bis Anfang 2024 in etwa so groß wie jene der USA (Trebesch et al. 2023).¹ In Europa ist etwas in Sachen Verteidigung in Bewegung gekommen.

Offen ist, ob Europa ausreichend Unterstützung für die Ukraine aufbringen kann und selbst rechtzeitig kriegstüchtig wird. Denn Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt und wird dabei von China, Iran und Nordkorea tatkräftig unterstützt. Das führt nicht nur zu Vorteilen auf dem ukrainischen Gefechtsfeld, sondern gefährdet die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und der NATO direkt. Militärs und Regierungen warnen, dass Russland bereits in drei bis acht Jahren in der Lage sein werde, ein europäisches NATO-Mitglied anzugreifen und die Verbindlichkeit der Beistandsklausel zu testen (z. B. Milne und Dunai 2024; Reuters 2024). Das alles findet vor dem Hintergrund eines amerikanisch-chinesischen Kräftemessens statt. Unabhängig von einer erneuten Präsidentschaft Trumps erwarten die USA, dass Europa seine eigene Sicherheit finanziert (The White House 2022). Doch sind die finanziellen Spielräume der europäischen Regierungen durch eine Kombination aus hohen Schulden, hohen Sozialausgaben und niedrigem Wachstum beschränkt.

Damit rückt jener Akteur in den Blickpunkt, dem in der national und zwischenstaatlich organisierten Verteidigungspolitik bisher nur eine untergeordnete Rolle zukommt: die EU. An Selbstvertrauen mangelt es ihr nicht. Mit dem Versuch, die militärische Unterstützung für die Ukraine auszuweiten und innerhalb

¹ Die Daten inkludieren Unterstützungsleistungen bis zum 29. Februar 2024. Das im April 2024 beschlossene US-amerikanische Hilfspaket mit einem Volumen von 57 Mrd. Euro ist noch nicht inkludiert.

IN KÜRZE

Europa steht vor einem verteidigungspolitischen Kraftakt. Auf der einen Seite braucht die Ukraine mehr militärische Unterstützung. Auf der anderen Seite will Europa selbst kriegstüchtig werden. In Europa liegt Verteidigungspolitik primär in nationaler Verantwortung. Das ist mit einigen Herausforderungen verbunden. Erstens ist die europäische Verteidigungsindustrie entlang der nationalen Grenzen fragmentiert. Zweitens werden Waffensysteme vielfach im außereuropäischen Ausland gekauft, statt eigene industrielle Fähigkeiten und Kapazitäten auszubauen. Drittens sind die nationalen finanziellen Spielräume beschränkt, so dass ein glaubwürdiger Pfad hin zu dauerhaft hohen Verteidigungsausgaben fehlt. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger drücken in Umfragen die Forderung aus, dass die Europäische Union eine stärkere Rolle bei der Bewältigung dieser Herausforderungen spielt. Ob die EU wirklich helfen kann, hängt letztlich davon ab, ob sie ausreichend Gelder für Verteidigung aufbringt bzw. priorisiert.

von zwölf Monaten eine Million Schuss Artilleriemunition zu liefern, ist sie jedoch krachend gescheitert (Pugnet 2024a). Die Bürgerinnen und Bürger sehen für die EU dennoch eine Rolle in der europäischen Verteidigungspolitik vor. Auf die Frage, auf welche Aspekte sich die EU konzentrieren sollte, um ihre Position in der Welt zu stärken, antworten 37% mit Verteidigung und Sicherheit (Eurobarometer 2024). Keinem anderen Aspekt maßen die Befragten eine solche Bedeutung zu. Für die Zeit nach der Europawahl gibt es bereits Pläne für ein stärkeres Engagement der EU im Bereich Verteidigung. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert, das Amt eines EU-Kommissars für Verteidigung neu zu schaffen.

In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, ob es Mehrheiten für die EU als verteidigungspolitischen Akteur gibt und welche der aus den nationalen Strukturen entstehenden Probleme so gelöst werden könnten. Dabei liegt der Fokus auf der europäischen Verteidigungsindustrie. Hier kann die EU über ihre Verantwortung für den europäischen

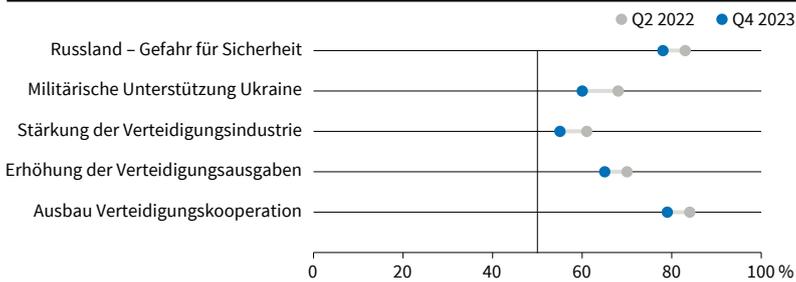


Marcel Schlepper

ist Doktorand am ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

Abb. 1

Entwicklung der Unterstützung für verteidigungspolitische Maßnahmen auf EU-Ebene^a



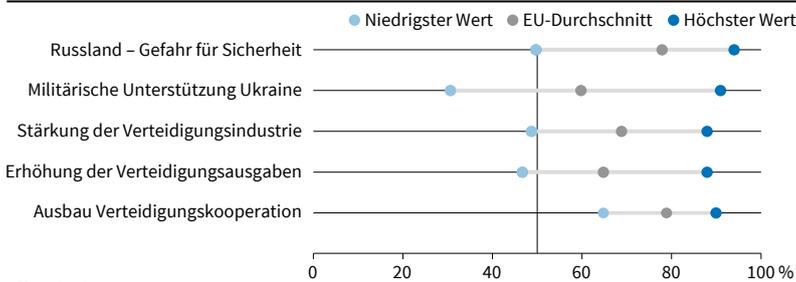
^a Die Thesen lauten: (1) Die russische Invasion in der Ukraine stellt eine Gefahr für die Sicherheit der EU dar, (2) Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung für/an die Ukraine, (3) Die EU muss ihre Kapazitäten zur Produktion von militärischer Ausrüstung stärken, (4) In der EU sollte mehr Geld für Verteidigung ausgegeben werden und (5) Die Zusammenarbeit auf EU-Ebene sollte bei Verteidigungsfragen verstärkt werden.

Quelle: Eurobarometer (2023).

© ifo Institut

Abb. 2

Nationale Unterschiede bei der Unterstützung für verteidigungspolitische Maßnahmen^a



^a Siehe Abbildung 1.

Quelle: Eurobarometer (2023).

© ifo Institut

Binnenmarkt aktiv werden. Die anderen Bereiche von Verteidigung liegen klar in nationaler Souveränität, so dass zum Beispiel eine europäische Armee vorerst nicht über den Status einer Idee hinauskommen wird.

MEINUNGSBILD DER BEVÖLKERUNG

Die große Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger befürwortet, dass die EU eine zentralere Rolle in der Verteidigungspolitik einnimmt. In den vergangenen 20 Jahren ist die Zustimmung für eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) nie unter den Wert von 70% gefallen und liegt aktuell bei 77% (Eurobarometer 2023). Die europäischen Verträge setzen der GSVP jedoch strikte Grenzen. Die Verantwortung für Verteidigungspolitik liegt bei den Mitgliedstaaten mit ihren nationalen Streitkräften, Verteidigungsbudgets und Beschaffungssystemen. Multinationale Zusammenarbeit findet primär im transatlantischen Verteidigungsbündnis NATO statt. Und selbst die europäischen Entwicklungs- und Beschaffungsprojekte für einen deutsch-französischen Kampfpanzer und einen deutsch-französisch-spanischen Kampfjet der nächsten Generation finden außerhalb der EU-Strukturen statt. Die Bürgerinnen und Bürger unterstützen jedoch Veränderungen und wollen mehr Kooperation auf EU-Ebene.

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 erhebt das Eurobarometer das Stimmungsbild zu zentralen Fragen der Verteidigungspolitik de-

tailliert. Eine Mehrheit von 55% der Befragten gibt an, dass die EU ihre Kapazität zur Produktion militärischer Ausrüstung stärken soll (vgl. Abb.1). Etwa zwei Drittel stimmen der Aussage zu, dass in der EU mehr Geld für Verteidigung ausgegeben werden soll. Und vier von fünf Befragten fordern, die Zusammenarbeit auf EU-Ebene bei Verteidigungsfragen zu verstärken. Diese Werte sind zwischen Frühjahr 2022 und Winter 2023 jeweils um etwa 5 Prozentpunkte zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum sind die Wahrnehmung der russischen Aggression als Gefahr für die europäische Sicherheit und die Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine ebenso leicht gesunken. Dennoch ist die Unterstützung für ein stärkeres verteidigungspolitisches Engagement der EU weiterhin hoch. Insbesondere stimmt in fast allen der 27 Mitgliedstaaten eine Mehrheit der Befragten den Forderungen nach dem Ausbau der Produktionskapazitäten, der Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Intensivierung der Zusammenarbeit zu (vgl. Abb. 2). Lediglich bei der Frage nach der militärischen Unterstützung der Ukraine gibt es große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Der Enthusiasmus der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist jedoch dahingehend einzuschränken, dass es sich vorerst um ein Lippenbekenntnis handelt. Beispielsweise ist die Zustimmung, dass das *eigene* Land die Verteidigungsausgaben erhöht, deutlich niedriger als die Zustimmung zu einer eher unspezifischen Erhöhung innerhalb der EU (Dorn et al. 2024).

MEHRHEITEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

In den vergangenen zwei Jahren hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit Beschlüsse zur Unterstützung der Ukraine und zur Verstärkung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit getroffen. Im März 2022 haben 94% der anwesenden Abgeordneten den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilt und neue Sanktionen gegen Russland sowie Waffenlieferungen an die Ukraine gefordert (Europäisches Parlament 2022a). Zudem sprachen sich die Abgeordneten für höhere Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten sowie eine stärkere Nutzung der europäischen Initiativen wie PESCO und dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) aus. Drei Monate später forderten 73% der anwesenden Abgeordneten zügige Fortschritte bei der Schaffung einer Verteidigungsunion, die Einrichtung eines Rats der EU-Verteidigungsminister sowie einen Plan für die gemeinsame europäische Beschaffung militärischer Systeme (Europäisches Parlament 2022). Dennoch ist die Unterstützung für ein stärkeres verteidigungspolitisches Engagement der EU weiterhin hoch. Neben einfachen Forderungen, die teilweise nicht einmal im Verantwortungsbereich der EU liegen, stehen dabei auch konkrete Maßnahmen. Das wird auch im Februar 2024 deutlich. Innerhalb von zwei Tagen verabschiedeten die EU-Parlamentarier erst mit 87% die Ukraine-Fazilität mit 50 Mrd. Euro

und forderten anschließend die Mitgliedstaaten mit 83 % auf, die Ukraine mit mindestens 0,25 % des BIP militärisch zu unterstützen (Europäisches Parlament 2024a, 2024b).

Dennoch zeigen die Abstimmungen, dass der Enthusiasmus der Bürgerinnen und Bürger für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik auch im Europäischen Parlament gespiegelt wird. Im Rahmen des jährlichen Berichts zur Implementierung der GSVP unterstützten 65 % der anwesenden Abgeordneten einen langen Forderungskatalog inkl. der Ernennung eines Kommissars für Verteidigung, der Vollendung einer echten Europäischen Verteidigungsunion und der Einrichtung eines gemeinsamen Verteidigungsfonds in Höhe von 100 Mrd. Euro (Europäisches Parlament 2024c). Im Kontrast zu diesen hohen Ambitionen wirken die konkret verabschiedeten Maßnahmen wie 300 Mio. Euro zur Förderung der gemeinsamen Beschaffung (EDIRPA) und 500 Mio. Euro zur Förderung der europäischen Munitionsproduktion (ASAP) finanziell überschaubar. Es besteht eine Diskrepanz zwischen den ausgedrückten Ambitionen der EU im Bereich Verteidigung und den tatsächlich im Haushalt festgehaltenen Prioritäten.

Zwar wird für die Europawahl prognostiziert, dass Wählerstimmen von Parteien links der Mitte zu jenen rechts der Mitte wandern und so bisherige Mehrheiten für einzelne Politikbereiche enden könnten (Cunningham et. al. 2024). Das Thema Verteidigung dürfte davon jedoch kaum betroffen sein. Zum einen waren die parlamentarischen Mehrheiten in den vergangenen zwei Jahren komfortabel und zum anderen zeigen die Wahlprogramme der europäischen Parteien, dass sie an der Unterstützung der Ukraine und Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit festhalten.² Die Fraktionen EKR, EVP und Renew behandeln das Thema Verteidigung sogar am Anfang ihrer jeweiligen

Wahlprogramme (vgl. Tab. 1).³ Die Wahlprogramme können dahingehend untersucht werden, ob sie explizit zu den zentralen verteidigungspolitischen Themen aus den Befragungen des Eurobarometers Stellung beziehen. Zu der militärischen Unterstützung der Ukraine bekennen sich alle untersuchten Fraktionen außer der Linken. Eine Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie fordern zwar vier Fraktionen (EKR, EVP, Renew und S&D) – die Vorstellungen, wie das zu erreichen ist, unterscheiden sich jedoch. Zwei Fraktionen geben explizit an, dass sie Verteidigungsausgaben erhöhen wollen. Vier Fraktionen geben explizit an, dass sie die europäische Kooperation ausbauen wollen. Die EKR lehnt das mit Verweis auf die nationale Souveränität ab. In der nächsten Legislaturperiode wird sich zeigen, ob die Gemeinsamkeiten ausreichen, um für konkrete Politiken im Europäischen Parlament Mehrheiten zu finden. Wahrscheinlicher als Uneinigkeit im Parlament ist es, dass die nationalen Regierungen bzw. der Europäische Rat bremsen. Das haben die monatelange Blockade der Ukraine-Hilfe durch Ungarn und der Streit über die Ausgestaltung der Munitionsinitiative gezeigt.

HERAUSFORDERUNGEN DER EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE

Europa möchte kriegstüchtig werden und in der Lage sein, für seine eigene Sicherheit zu sorgen. Mit Blick auf die europäische Verteidigungsindustrie bestehen jedoch drei klare Herausforderungen: (1) Eine fragmentierte Industrielandschaft, (2) eine hohe Quote an Rüstungsimporten und (3) der Mangel eines glaubhaften Pfades hin zu dauerhaft hohen Verteidigungsausgaben.

Erstens ist die europäische Verteidigungsindustrie entlang nationaler Grenzen fragmentiert, verwendet eine Vielzahl von Waffensystemen und nutzt den europäischen Rahmen bisher unzureichend für Kooperation. In Europa gibt es pro Plattform (Flugzeug, Panzer,

² Zwei der sieben Fraktionen im Europäischen Parlament setzen sich aus zwei europäischen Parteien zusammen. Im Fall von Renew haben sie ein gemeinsames Wahlprogramm verfasst. Im Fall von Grüne/EFA wird nur das Wahlprogramm der größeren Partei betrachtet. Entsprechend findet die Analyse auf Ebene der Fraktionen statt.

³ Formell ist dies auch bei der Linken der Fall, sie nähert sich dem Thema jedoch ausschließlich aus einer Friedensperspektive an.

Tab. 1

Verteidigungspolitische Forderungen in Europawahlprogrammen 2024 der europäischen Fraktionen

	Die Linke	S&D	Grüne/EFA	Renew	EVP	EKR	ID
Assoziierte deutsche Parteien	Linke	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU	-	AfD
Militärische Unterstützung der Ukraine		✓	✓	✓	✓	✓	
Stärkung der Verteidigungsindustrie		✓		✓	✓	✓	
Erhöhung der Verteidigungsausgaben					✓	✓	
Ausbau Verteidigungskooperation		✓	✓	✓	✓		
Rang innerhalb des Wahlprogramms	2/10	18/20	8/9	1/10	1/20	2/10	
Prognose zu Anteil Sitze nach Europawahl	6 %	19 %	7 %	12 %	25 %	12 %	12 %

Anmerkung: Es werden ausschließlich die registrierten europäischen Parteien betrachtet. Die Parteien ALDE und EDP gehören beide der Fraktion Renew an und haben ein gemeinsames Wahlprogramm verfasst. Die Parteien EGP und EFA gehören beide der Fraktion Grüne/EFA an – hier wird das Wahlprogramm der größeren Partei (EGP) herangezogen. Die Partei Identität und Demokratie (ID) hat kein gemeinsames Wahlprogramm verfasst. Die Partei ECPM verteilt sich auf mehrere Fraktionen und wird nicht berücksichtigt. Ein Haken (✓) bedeutet, dass im Wahlprogramm explizit die Forderung aufgestellt wird. 49 Abgeordnete sind keiner der Fraktionen zugeordnet und erklären die Differenz zu 100 %.

Schiff) etwa zwei bis drei Mal so viele Rüstungskonzerne wie in den USA (Chinn et al. 2024). Dabei ist der amerikanische Markt deutlich größer. Führende europäische Rüstungskonzerne kommen im Durchschnitt gerade einmal auf 30 % des Umsatzes ihrer amerikanischen Wettbewerber. Der fragmentierte europäische Markt führt dazu, dass Skaleneffekte nicht gehoben werden können und Waffensysteme stattdessen in kleinen Mengen zu hohen Stückpreisen produziert werden. Dabei kommt es zu massiven Duplikationen. In Europa sind zum Beispiel 19 verschiedene Kampfpanzer-Typen im Einsatz, in den USA ist es nur einer (Chinn et al. 2024). Das hat auch militärische Nachteile, denn so werden die Interoperabilität der Streitkräfte und ihre Logistik erschwert. Zudem wurde bereits im Jahr 2007 von den Mitgliedstaaten beschlossen, mindestens 35 % ihres Geräts gemeinschaftlich zu erwerben. Im Jahr 2021 stagnierte der Wert bei 18 % und für das Jahr 2022 fehlen der EU die notwendigen Informationen (European Defence Agency 2022, 2023). Außerdem sollen 20 % der Forschungsgelder gemeinsam ausgegeben werden. Mit 7 % im Jahr 2022 wurde einer der niedrigsten Werte der letzten zwei Jahrzehnte erzielt (European Defence Agency 2022, 2023). Eigentlich sollen im Rahmen von PESCO auf EU-Ebene gemeinsam Projekte entwickelt und diese Probleme so gelöst werden. Die deutsche Initiative für einen europäischen Raketenabwehrschirm verdeutlicht aber, dass wichtige Vorhaben zwischenstaatlich an den europäischen Strukturen vorbei angegangen werden.

Zweitens kaufen die Europäer ihre Waffensysteme häufig außerhalb von Europa – primär in den USA. Zwischen 2022 und Juni 2023 wurden 78 % der Rüstungseinkäufe außerhalb der EU getätigt (Maulny 2023). Das hat den Vorteil, die USA enger an Europa zu binden und sie zum gewissen Grad für die zu niedrigen Verteidigungsausgaben zu kompensieren. Es geht aber auch mit einer hohen industriellen und sicherheitspolitischen Abhängigkeit einher. Zum Beispiel werden aus Mangel an marktverfügbaren europäischen Modellen von den EU-Mitgliedstaaten gleich drei unterschiedliche Raketenartillerie-Systeme aus dem Ausland (Israel, Südkorea, USA) bestellt. Das erschwert den Erhalt und Aufbau von Kompetenzen der europäischen Verteidigungsindustrie. Die Folgen dieser Politik werden in Deutschland gut sichtbar. Mit dem Sondervermögen Bundeswehr wurden für etwa 8 Mrd. Euro US-amerikanische F-35 Kampfflur zur Sicherung der nuklearen Teilhabe bestellt (BMVg 2022). Der europäische Produzent von Kampfflur Airbus meldete kürzlich, dass die Beschaffung von Eurofightern im Wert von mehreren Milliarden Euro notwendig sei, da sonst ein Verlust seiner Zulieferer drohe (Gebauer und Korbaki 2024). Das Sondervermögen ist jedoch vollständig verplant und im regulären Verteidigungshaushalt sind keine Freiräume für neue Investitionen vorhanden (Budras und Jansen 2024).

Drittens ist die Höhe der zukünftigen Verteidigungsausgaben für die europäische Verteidigungsindustrie

nicht ausreichend planbar. Seit dem Ende des Kalten Kriegs haben die europäischen NATO-Staaten ein Investitionsdefizit bei militärischem Gerät in Höhe von 600 Mrd. Euro akkumuliert (Dorn et al. 2024). Die so entstandene Friedensdividende wurde verwendet, um Ausgaben in anderen Bereichen auszuweiten. Jetzt stehen viele europäische Staaten vor der Herausforderung, dass ihre Kassen leer sind. Haushaltskonsolidierungen sind unpopulär, Steuererhöhungen gefährden die wirtschaftliche Erholung und neue Schulden sind mit den Maastricht-Kriterien nicht zu vereinbaren. Entsprechend lassen große Volkswirtschaften wie Italien und Spanien kaum Ambitionen erkennen, das 2 %-Ziel der NATO zeitnah zu erfüllen. Und auch für Deutschland ist unklar, wie ab dem Jahr 2027 die Verteidigungsausgaben finanziert werden sollen (Dorn und Schlepper 2023). Es ist jedoch notwendig, einen glaubwürdigen Pfad zu dauerhaft hohen Verteidigungsausgaben aufzuzeigen. Nur so werden Anreize für die europäische Verteidigungsindustrie gesetzt, in die Ausweitung der Produktionskapazitäten und die Entwicklung neuer Produkte zu investieren.

VERTEIDIGUNGSPOLITISCHE VORHABEN DER EU

Mit der europäischen Industriestrategie für den Verteidigungsbereich (EDIS) hat die Europäische Kommission kurz vor der Europawahl ein Konzept vorgelegt, um die Herausforderungen der europäischen Verteidigungsindustrie anzugehen. Die Mitgliedstaaten sollen mehr, gemeinsam und in Europa bestellen. Das ist mit messbaren Zielen für das Jahr 2030 verknüpft: Der EU-interne Handel mit Verteidigungsgütern soll wertmäßig 35 % des europäischen Verteidigungsmarkts ausmachen, 40 % der Verteidigungsgüter sollen kooperativ beschafft werden und 50 % (ab 2035 sogar 60 %) des Beschaffungshaushalts im Verteidigungsbereich soll innerhalb der EU ausgegeben werden (Europäische Kommission 2024). Als Instrument wurde das Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) vorgeschlagen, das nach der Europawahl noch im legislativen Prozess debattiert und beschlossen werden muss. Bisher gibt es den EDF mit einem Volumen von 8 Mrd. Euro von 2021 bis 2027 für die gemeinschaftliche Forschung und Entwicklung von Waffensystemen (für eine Übersicht siehe Pagnet 2024b). Das neue Instrument EDIP ist aus der Perspektive des Lebenszyklus eines Waffensystems daran angeschlossen und zielt auf die gemeinschaftliche Produktion und Beschaffung ab. Für den Zeitraum von 2025 bis 2027 sollen 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Zwar gibt es Pläne, über eingefrorene russische Vermögenswerte weitere Finanzmittel zuzuführen, eine substanzielle Aufstockung wird jedoch erst mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ab dem Jahr 2028 realistisch (Europäische Kommission 2024).

Mit ihrer Strategie zeigt die EU, dass sie die grundlegenden Herausforderungen der europäischen Verteidigungsindustrie verstanden hat. Wenn die EU in die

nationale Souveränität hinein ein Akteur der Verteidigungspolitik werden möchte, dann muss sie helfen, diese Herausforderungen zu bewältigen. Die Anforderungen an die Ausgestaltung des Programms sind also hoch. Es muss problemlos in die bisherigen Strukturen integriert werden können und schnell zu substanziellen Verbesserungen führen. Da die Mitgliedstaaten zur Teilnahme nicht verpflichtet sind, muss das Programm attraktiv sein. Der Schlüssel dafür ist Geld. Gleichzeitig muss das Programm auch einen Mehrwert für jene Staaten bieten, die keine eigene Verteidigungsindustrie haben und ihre Sicherheitsinteressen kurzfristig durch die Beschaffung außereuropäischer Waffensysteme verwirklicht sehen. Dafür braucht es noch mehr Geld. Die bisherigen finanziellen Mittel für Verteidigung werden nicht ausreichen. In diesem Kontext ist der vielfach geäußerte Vorschlag zu verstehen, 100 Mrd. Euro gemeinsame Schulden für Verteidigung aufzunehmen. Mit dem 800 Mrd. Euro umfassenden Corona-Wiederaufbaufonds hat sich die EU bereits massiv verschuldet (Europäische Kommission 2021). Schulden scheinen stets eine einfache Lösung zu sein, kommen dauerhaft jedoch mit hohen Kosten. Die EU verlangt von ihren Mitgliedstaaten, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen und dabei die europäischen Schuldenregeln einzuhalten. Die gleichen Maßstäbe sollten für sie selbst auch gelten. Es mag rechtlich und politisch zwar schwierig sein, Gelder in anderen Bereichen einzusparen und diese der Verteidigung zu widmen, doch wenn Verteidigungspolitik eine neue Priorität der EU ist, dann sollte dies auch im Haushalt gespiegelt werden. Es kann nicht alles Priorität haben. Insgesamt stehen der EU über den regulären Haushalt und den Wiederaufbaufonds etwa 2 018 Mrd. Euro zwischen 2021 und 2027 zur Verfügung (Europäische Kommission 2021). Verteidigung macht davon weniger als 1 % aus. Für eine Priorität ist das deutlich ausbaufähig.

REFERENZEN

- Budras, C. und J. Jansen (2024), »So groß ist die Finanznot der Bundeswehr«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. April 2024, verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/boris-pistorius-for-dert-mehr-geld-fuer-bundeswehr-ausgaben-19684898.html>, aufgerufen am 29. April 2024.
- Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (2022), »Sondervermögen: Bundeswehr kann 35 F-35A für rund 8,3 Milliarden Euro kaufen«, verfügbar unter: Link: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/bundeswehr-kann-35-f-35a-fuer-rund-8-3-milliarden-euro-kaufen-5540934>, aufgerufen am 6. Mai 2024.
- Chinn, D., N. Griebmann, H. Lavandier, R. Oejo, T. Otto und K. Wagner (2024), *Innovation and Efficiency: Increasing Europe's Defense Capabilities*, McKinsey, verfügbar unter: <https://www.mckinsey.com/industries/aerospace-and-defense/our-insights/innovation-and-efficiency-increasing-europes-defense-capabilities>, aufgerufen am 6. Mai 2024.
- Cunningham, K., S. Hix, S. Dennison und I. Learmonth (2024), »A Sharp Right Turn: A Forecast for the 2024 European Parliament Elections«, *Policy Brief ECFR/523*.
- Dorn, F., N. Potrafke und M. Schlepper (2024), »European Defence Spending in 2024 and Beyond: How to Provide Security in an Economically Challenging Environment«, *EconPol Policy Report 45*.
- Dorn, F. und M. Schlepper (2023), »Fiskalische Zeitenwende in Deutschland – Implikationen des Sondervermögens Bundeswehr auf die Haushaltspolitik«, *ifo Schnelldienst 76(7)*, 23–31.
- Eurobarometer (2023), »Standard Eurobarometer 100 – Autumn 2023«, verfügbar unter: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3053>, aufgerufen am 1. Mai 2024.
- Eurobarometer (2024), »EP Spring 2024 Survey – Use your Vote – Countdown to the European Elections« verfügbar unter: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3272>, aufgerufen am 1. Mai 2024.
- European Defence Agency (2023), *Defence Data 2022*.
- European Defence Agency (2022), *Defence Data 2020–2021*.
- Europe Elects (2024), »European Parliament Election 2024. April Projektion«, verfügbar unter: <https://europeelects.eu/ep2024/>, aufgerufen am 1. Mai 2024.
- Europäische Kommission (2021), *The EU's 2021-2027 Long-term Budget and NextGenerationEU – Facts and Figures*.
- Europäische Kommission (2024), »Fragen und Antworten zur europäischen Industriestrategie für den Verteidigungsbereich und zum Programm für die europäische Verteidigungsindustrie«, verfügbar unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_24_1322, aufgerufen am 6. Mai 2024.
- Europäisches Parlament (2022a), *Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 1. März 2022 zu Russlands Aggression gegen die Ukraine. 2022/2564(RSP)*.
- Europäisches Parlament (2022b), *Empfehlung des Europäischen Parlaments vom 8. Juni 2022 an den Rat und den Vizepräsidenten der Kommission / Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nach dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. 2022/2039(INI)*.
- Europäisches Parlament (2024a), *Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. Februar 2024 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Fazilität für die Ukraine. COM(2023)0338 – C9-0210/2023 – 2023/0200(COD)*.
- Europäisches Parlament (2024b), *Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. Februar 2024 zu der Notwendigkeit unverbrüchlicher EU-Unterstützung für die Ukraine zwei Jahre nach dem Beginn von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. 2024/2526(RSP)*.
- Europäisches Parlament (2024c), *Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28. Februar 2024 zur Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2023. 2023/2119(INI)*.
- Gebauer M. und M. Korbaki (2024), »Vier Milliarden für Eurofighter sind eine gute Investition« (Airbus-Defense-Chef über Kampffjets für die Bundeswehr), *Der Spiegel*, 19. April 2024, verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/airbus-defense-chef-kritisiert-politik-und-hebt-wert-der-eurofighter-hervor-a-1eec9873-306f-424b-b6d1-2d33e894e237>, aufgerufen am 6. Mai 2024.
- Maulny, J.-P. (2023), »The Impact of the War in Ukraine on the European Defence Market«, IRIS Policy Paper, verfügbar unter: https://www.iris-france.org/wp-content/uploads/2023/09/19_ProgEuropelndusDef_JPMaulny.pdf.
- Milne, R. und M. Dunai (2024), »Russia Could Attack a NATO Country within 3 to 5 Years, Denmark Warns«, *Financial Times*, 9. Februar 2024, verfügbar unter: <https://www.ft.com/content/b3101099-9516-4b0b-92c6-179997d7e4cf>, aufgerufen am 6. Mai 2024.
- NATO (2024), »Secretary General Welcomes Unprecedented Rise in NATO Defence Spending«, 14. Februar, verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_222664.htm, aufgerufen am 6. Mai 2024.
- Pugnet, A. (2024a), »Where Does the EU Stand on Its Ammunition Pledge to Ukraine?«, *Euractiv*, 17. April 2024, verfügbar unter: <https://www.euractiv.com/section/defence-and-security/news/where-does-the-eu-stand-on-its-ammunition-pledge-to-ukraine/>, aufgerufen am 6. Mai 2024.
- Pugnet, A. (2024b), »Explainer: How to Make Sense of the EU's Defence Funds and Programmes«, *Euractiv*, 9. Februar 2024, verfügbar unter: <https://www.euractiv.com/section/defence-and-security/news/explainer-how-to-make-sense-of-the-eus-defence-funds-and-programmes/>, aufgerufen am 6. Mai 2024.
- Reuters (2024), »Russia May Be Ready to Attack NATO in 5–8 Years, German Official Says«, 18. April, verfügbar unter: <https://www.reuters.com/world/europe/russia-may-be-ready-attack-nato-5-8-years-german-official-says-2024-04-18/>, aufgerufen am 6. Mai 2024.
- The White House (2022), *The Biden-Harris Administration's National Security Strategy*, October 2022.
- Trebesch, C., A. Antezza, K. Bushnell, P. Bompreszi, A. Frank, P. Frank, L. Franz, I. Kharitonov, B. Kumar, E. Rebinskaya, C. Schade, S. Schramm und L. Weiser (2023), »The Ukraine Support Tracker: Which Countries Help Ukraine and How?«, Kiel Working Paper 2218.